

Die „Volkswacht“  
erschließt redaktionell alle  
und ist durch die  
Verredaktion, Neue Graupenstr. 3/4,  
und durch Adressen zu beziehen.  
Preis vierteljährlich M. 2.50,  
von Ende 20 bis  
Durch die Post bezogen M. 3.50,  
bei ins Haus M. 3.00,  
wo keine Post am Orte, M. 3.50.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Beleglosgeld für die Expedition  
besteht für die Expedition  
einzelne oder besser 20  
25 Pfennige,  
für Anzeigen, Inserate und  
Veränderungen 15 Pfennige,  
Kaufpreis 25 Pfennige.  
Inserate für die nächste Nummer  
müssen bis zum 1. März in der  
Expedition abgegeben werden.

Telephon  
Redaktion 3141.

Organ für die werbstätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 74.

Dreslau, Dienstag, den 28. März 1911.

22. Jahrgang.

## Nochmals „Kleine Landwirte und Nahrungsmittelpreise“.

Zu diesem Artikel in Nr. 57 unseres Blattes erhalten wir von einem schlesischen Großgrundbesitzer folgende Zuschrift:

„Wenn ich auf den Zeitartikel „Kleine Landwirte und Nahrungsmittelpreise“ vom 8. März kurz eingehe, so tue ich das, weil ich Wert darauf lege, Sie auf Unrichtigkeiten in der Beurteilung landwirtschaftlicher Fragen aufmerksam zu machen. Sie nehmen an, daß der Kleinbauer Saatgut und Brotgetreide verkaufen muß. Dieses ist nur insoweit richtig, als es sich um Betriebe von 2 bis 5 Hektar Größe handelt. Schon die Betriebe von 2 bis 5 Hektar Größe produzieren weit mehr Brotgetreide, als sie als Nahrung und Saatgut brauchen. Sind nur die Betriebe unter 2 Hektar als Kleinbauern zu bezeichnen? Ich glaube — nein! Diese Betriebe sind zu klein, um eine Bauernfamilie zu ernähren; der erwerbsmäßige Inhaber dieser Betriebe ist in seinem Hauptberuf meist nicht Landwirt, sondern geht einem anderen Erwerb nach. An Hektarzahl ist aber selbst der Parzellenbetrieb interessiert, denn die Betriebe unter 2 Hektar produzieren eine ganze Menge Hafer, den sie, da Pferde von ihnen nicht gehalten werden, verkaufen.“

Wenn die Bodenpreise steigen und dadurch die Gras- und Kleepachten, so ist dabei doch zu beachten, daß im Verhältnis zu der ganzen Fläche dauerhaften Besitzes, auf die sich die Preissteigerung verteilt, die Fläche, die an Gras und Klee gepachtet wird, im ganzen so minimal ist, daß sie überhaupt nicht ins Gewicht fällt. Bei Aufhebung der Getreidezölle würde zunächst ein Fallen des Bodenpreises die Folge sein und hierdurch schon der Kleingrundbesitz erheblich leiden. Der Großgrundbesitzer würde dazu übergehen, ergründer zu wirtschaften, mehr Vieh und Fleisch zu produzieren, die Folge wäre Sinken der Viehpreise. Dieses würde dem Bauernstand noch viel schwereren Schaden zufügen. Demgegenüber würde die Aussicht, die Sie dem Bauern zeigen, daß er nämlich Gemüße, Butter, Eier, Käse, Milch höher bezahlet bekommen würde, nichts sagen. Es ist außerdem nicht anzunehmen, daß der Konsument aus Freude darüber, daß die Preise gefallen sind und er vielleicht das Brot etwas billiger, nur sehr wenig, bekommen kann, nimmere Milch, Butter, Eier teurer bezahlet wird. Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis, nicht ethische Gesetze.“

Nun bestehen Sie sich noch auf die Erfolge der Milchkontrollvereine. Die sind in Dänemark tatsächlich erzielt. Das Interesse für denartige Einrichtungen ist bei den hiesigen Milchproduzenten bei uns nicht so groß, wie in Dänemark. Es ist auch schwer, die Dänemark zu bewegen, ihre Milch an Kontroller zu liefern. Dieses ist aber der erste Schritt auf dem Wege zur Hebung der Milchproduktion und der Frucht; nur durch gemeinschaftlichen Zusammenstoß haben die Dänen ihre Erfolge erzielt. Es ist daher die erste Aufgabe, auf dem Wege des Verständnisses für solche Fragen noch mehr zu werden, landwirtschaftliche Bildung noch mehr als bisher zu verbreiten. Würde aber auf der anderen Seite die Frage der Milchleistung, der Milchviehzucht imstande sein, dem Bauern Ersatz zu leisten für gefallene Bodenpreise, für gefallene Getreide- und Viehpreise? Nimmermehr! Was hat es Dänemark ermöglicht, solche Erfolge in der Milchproduktion zu erlangen? Der gute Absatzmarkt in London und dem weiteren England. Wo sollten wir aber mit der ganzen Milch hin? Wir haben doch heute den größten Bedarf im Inland, höchstens 3 bis 4 Prozent kommen vom Ausland. Wo ist dann das Absatzgebiet für Aufnahme unserer Milchproduktion? Das sind die Fragen, die mit den Weg als Ausweg unumgänglich zu lösen sind.“

Wir haben auf diese Ausführungen dem Herrn Einsender folgendes zu erwidern: Zunächst nehmen Sie nur auf ostelbische Verhältnisse Bezug, während unser Artikel für ganz Deutschland berechnet war, wovon sich natürlich schon Differenzen ergeben. Sodann haben wir unter Kleinbauern natürlich nicht Inhaber von Betrieben unter zwei Hektar Größe verstanden; denn uns ist sehr wohl bekannt, daß diese Betriebe als Parzellenbetriebe meist im Besitz von Leuten sind, die hauptsächlich in anderen Erwerbszweigen tätig sind. Nicht richtig ist es jedoch, daß schon alle Betriebe in der Größe von 2 bis 5 Hektar weit mehr Brotgetreide produzieren, als sie als Nahrung und Saatgut brauchen. Es könnte natürlich nachgewiesen werden, daß auch in Ostelbien viele Betriebe in der Größe von 2 bis 20 Hektar überhaupt kein Brotgetreide verkaufen. Dieses trifft namentlich für die kleinsten Bauernwirtschaften von 2 bis 5 Hektar Größe zu, die in der Regel nur das produzieren, was die in der Wirtschaft tätigen Menschen und die gehaltenen Zug- und Nutztiere verzehren. Hierher gehören vor allem Kartoffeln, Roggen, Weizen als Mastfutter für Schweine, Gemüse usw. Ebenfalls ist es nicht zutreffend, daß der Parzellenbetrieb an Hektarpreisen interessiert ist, denn für diesen trifft das eben Gesagte in noch viel höherem Maße zu. Es dürfte schwer halten, unter den Betrieben in der Größe von weniger als zwei Hektar auch nur 5 Prozent herauszufinden, die Hafer zum Verkauf anbauen, weil sie Pferde nicht halten. Außerdem würde die in solchen Betrieben zum Verkauf kommende Hafermenge so gering sein, daß ein infolge der Aufhebung der Getreidezölle zu erwartender Preisrückgang für diese Mengen keinerlei Bedeutung hätte. Daß mit steigenden Bodenpreisen auch die Gras- und Kleepachten steigen, hält der Einsender für ziemlich belanglos, da die gepachtete Fläche zu minimal ist. Für Preissteigerungen liegen die Dinge aber tatsächlich so, daß hier die steigenden Abgaben für Gras- und Kleepachten vielfach sehr drückend empfunden werden, zumal sie jetzt fast das Viehfutter von dem betragen, was vor etwa zehn Jahren bezahlet wurde. Warum gerade der Kleingrundbesitz durch ein Fallen der Bodenpreise erheblich leiden soll, vermag ich mir ohne weiteres nicht zu erklären, und wären für Aufklärung darüber. Daß nach Aufhebung der Getreidezölle der Groß-

grundbesitz zu erwerbsmäßiger Wirtschaftsweise übergehen wird, glauben auch wir, können jedoch dem nicht zustimmen, daß die vermehrte Viehproduktion und damit ein Sinken des Viehpreises dem Bauernstand so gewaltigen Schaden zufügen würde. Denn einmal ist auch heute der Bauer nicht derjenige, der das Hauptkontingent an Schlachtvieh liefert, zum zweiten wird den Bauern die nach Fallen der Getreidezölle zweifellos einsetzende stärkere Nachfrage nach Fleisch ebenfalls zu vermehrter Viehproduktion antreiben, und der Absatz von mehr Vieh wird ihm auch über einen eventuellen Einnahmeausfall durch Sinken des Viehpreises hinweghelfen. Außerdem sind die Bauern durch Zusammenschluß zu Metzgergenossenschaften und Stierhaltungsgenossenschaften, wie wir sie heute auch in Ostelbien schon haben, in der Lage, ihr Vieh billiger zu produzieren, als der alleinstehende Großgrundbesitzer, so daß der letztere durch sinkenden Viehpreis im Vergleich zum Bauern keinesfalls weniger geschädigt wird. Wir sagten vorhin absichtlich „eventueller Einnahmeausfall durch Sinken der Viehpreise“, weil unseres Erachtens das gesteigerte Angebot von Fleisch zunächst lediglich gesteigerte Nachfrage vornehmlich in den Bevölkerungsschichten zeitigen würde, die heute Fleisch als Delikatesse betrachten müssen, und weil diese gesteigerte Nachfrage wenigstens in der ersten Zeit ein erhebliches Sinken des Fleischpreises abwenden kann. Hiermit kommen wir zum nächsten Einwand. Auch wir sind der Ansicht, daß nicht ethische Momente den Preis bestimmen, sondern Angebot und Nachfrage. Es steht daher auch ausdrücklich in unserem Artikel: „Bei stärkerer Nachfrage nach diesen Produkten würde auch der kleinere Landwirt Preise erzielen“ usw. Der Herr Einsender kennt jedoch anscheinend die alte kaufmännische Erfahrung nicht, daß eine Ware gerade dann lebhaft gekauft wird, wenn sie infolge gesteigerter Nachfrage im Preise erheblich ansteigt. Die Furcht, die Ware nicht zu bekommen, ist es, die dann den Konsumenten zum Kaufe veranlaßt, auch wenn die Preise direkt anormale sind. An einem Beispiel aus der Landwirtschaft läßt sich das leicht beweisen. Es wurde zum Beispiel in diesem Jahre Antimonial so hart gekauft, daß sämtliche Lager geräumt sind, obgleich der Preis infolge der großen Nachfrage gegen das Vorjahr um 3 bis 4 Mark für den Doppelzentner gestiegen ist. So würde es auch mit den Mastprodukten des Kleinbauern werden. Hat der Verbraucher sich erst einmal davon überzeugt, daß Gemüse, Milch, Butter und Eier wertvolle Nahrungsmittel sind, so wird er sicher auch höhere Preise dafür zahlen, wenn er das Geld dafür verwenden kann, das er beim Brotverkauf erübrigt. Wir denken hierbei natürlich an die arbeitende Bevölkerung, die nicht in der Lage ist, Ersparnisse von ihrem kargen Lohn zu machen und denselben hauptsächlich zur Beschaffung der notwendigsten Nahrungsmittel verwendet.“

Die Erfolge der Milchkontrollvereine gibt Einsender zu, behauptet aber, unsere Bauern seien nur sehr schwer dazu zu bewegen, solche Vereine zu gründen. Hierin zeigt sich echt ostelbische Denkart: Warum erziehen denn die Bauern in Ostelbien, Rheinland und Westfalen so gute Erfolge mit den Milchkontrollvereinen? Wissen sie nicht, daß es dort solche Vereine gibt, die auch ohne den guten Absatzmarkt in England florieren? Die Antwort lautet: Weil in den genannten Provinzen nicht der Großgrundbesitz, sondern der Klein- und Mittelbesitz ausschlaggebend ist, weil dort auch der Kleinbauer dem landwirtschaftlichen Vereine angehört, wo er sich Belehrung über alle für ihn wichtigen Fragen holen kann. Hier aber liegt, soweit Ostelbien in Frage kommt, der Hase im Pfeffer. Gerade der Großgrundbesitzer ist es, der durch sein anmaßendes Gebahren den Bauern den Beitritt zum landwirtschaftlichen Verein verleidet. Das Beitragsgeld der Bauern wird gern genommen, aber ihre Anwesenheit in den Versammlungen, soweit sie nicht dazu dienen, den Bauern zum Anhänger der Schutzpolizei der Großgrundbesitzer zu erziehen, ist den Herren nicht erwünscht, denn wie kann ein ostelbischer Gutsbesitzer mit Bauern verkehren! Wer von den Bauern einmal die geringfügige Behandlung seitens der Gutsbesitzer gekostet hat, der geht nicht wieder in den landwirtschaftlichen Verein, und das ist der Hauptgrund, warum es so schwer fällt, die ostelbischen Bauern für Genossenschaften usw. zu interessieren. Dem daran gelegen ist, das Verständnis für solche Fragen mehr zu beleben und landwirtschaftliche Bildung noch mehr als bisher zu verbreiten, muß dafür sorgen, daß der Bauer von den Großgrundbesitzern als gleichberechtigter angesehen und behandelt wird. Ist unseren ostelbischen Kleinbauern erst die Bildungsmöglichkeit in reicheren Maße geboten, dann werden sie die letzten sein, die nicht dazu zu bewegen sind, die Segnungen der Milchkontrollvereine sich nutzbar zu machen.“

Schlüsselt sich noch gefragt, wo wie mit all der Milch konsumiert. Es ist doch bekannt, daß der Milchverbrauch pro Kopf der Bevölkerung sowohl auf dem Lande wie in der Stadt ein viel zu geringer ist, und daß dort, wo die Milch untergebracht werden konnte, mehr noch als die halbe Milchmenge verbraucht wird. Und wieviel Millionen Liter Milch könnten noch verbraucht

werden, wenn unseren Forderungen entsprechend alle Gemeinden den Volksschülern ein warmes Frühstück zuwären würden, wofür doch Milch in erster Linie in Frage kommt! Nein, um den Milchabsatz ist uns nicht bange, und die Zukunft, die wohl in absehbarer Zeit auch im Osten Deutschlands Milchkontrollvereine und damit Steigerung der Milchproduktion bringen wird, dürfte auch Zweifler von der Richtigkeit unserer Ansicht überzeugen.“

## Politische Uebersicht.

Generalmajor Weismann und Leutnant Seydebrand.

Der bisherige Major v. Weismann-Hollweg, in seiner Zivilverhältnis deutscher Reichsanwalt und preussischer Ministerpräsident, ist bei Gelegenheit des Siapellaufs des Linienfahrers „Kaiser“ in Kiel zum Generalmajor ernannt worden. Der Herr Major hat damit die Charge als Oberleutnant und Oberst glatt überprungen — eine glänzende Anerkennung seiner militärischen Begabung und Tüchtigkeit, die um so mehr in die Augen fällt, als es der ungetrübte König von Preußen, Herr v. Seydebrand nur bis zum Leutnant d. R. gebracht hat. Aber die Mannschaften des Leutnants gehen mit dem neuen Generalmajor nicht allzu faulerlich um. Die „Deutsche Tageszeitung“ äußert sich über das Verhältnis der Konservativen zu Herrn v. Weismann-Hollweg im Anschluß an die elsaß-lothringische Verfassungsfrage und sagt dabei:

„Hier ist die Auffassung des Kaisers grunderchieden von der der Konservativen. Hier handelt es sich auch nicht um nebensächliche Dinge, sondern um die wichtige Frage, die es geben kann. Dieser Differenzpunkt kann in seiner Bedeutung nicht verkleinert werden. Es ist bedauerlich, daß er besteht, und die Entscheidung im Abgeordnetenhaus war nicht im mindesten geeignet, die Meinungsverschiedenheit zu beseitigen oder auch nur zu mildern. Es handelt sich hier durchaus nicht allein um einen Kampf zwischen den Konservativen und dem Reichsanwalt, sondern um einen Kampf wider nationaler Freie gegen den verantwortlichen Träger der Reichspolitik. Wer den letzten Reichsanwalt als einen in nationaler Hinsicht unbedeutenden Mann betrachtet, der hat andere Sorgen als die, die wir haben. Wir haben uns dieser Lage niemals hingeben und werden uns ihr nicht hingeben. Herr v. Weismann-Hollweg hat ohne Zweifel viele kühnere Pläne, und wie haben ihm Vertrauen entgegengebracht. Als „wären Mann“ haben wir ihn nie angesehen. Meinungsverschiedenheiten im einzelnen werden dieses Vertrauen nicht erschüttern, es sei denn, daß uns ein Opfer der Ueberzeugung zugemutet wird.“

Es wird sich bald zeigen, daß der kleine Leutnant Seydebrand und der dicke Dersel im ruhmreichen Preußern mehr zu sagen haben als der lange Generalmajor Weismann. Und wenn er sich nicht unter das Joch duckt, dann werden sie ihn aus dem Amte hinausstrigieren wie drei feiner Vorgänger. Weismann, gib acht, Bülow's Schicksal steigt vor dir auf!

## Protest der Altgauer Liberalen und Wallfahrt der Zentrümaler.

In einer Sitzung des erweiterten Ausschusses der Liberalen Vereinigung von Rempten und Umgebung wurde der Ausgang der Wahl im Reichstagswahlkreise Okeren lebhaft bedauert und die Stellungnahme der Nationalen Liberalen, die in der Stichwahl für den Antisemiten stimmten, verurteilt.

Der Vertreter der Liberalen Vereinigung für die Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Liberalen Kreisvereine wurde beauftragt, diesen Standpunkt der Liberalen Vereinigung Rempten zum Ausdruck zu bringen und die Leitung der Arbeitsgemeinschaft zu bitten, an den zuständigen Stellen nach Kräften dahin zu wirken, daß derartige Vorkommnisse bei den kommenden Wahlen sich nicht wiederholen. Die Vereinigung wird außerdem an die liberale Parteiung des Wahlkreises Immenstadt das Ersuchen richten, in einer offiziellen Erklärung zu dem Vorgang in im Wahlkreise die gleiche Stellung zu nehmen.

Den Liberalen im Altgau ist also das Verhalten ihrer Gleicher Parteigenossen höchst unangenehm, ob sie freilich durch ihren Protest etwas bessern werden, ist zweifelhaft. Uebrigens soll in dortiger Gegend auch noch ein Pilgerzug für das verlorene Reichstagsmandat stattfinden. Als „Sühne“ für das kürzlich verlorene Mandat in Immenstadt werden die katholischen Vereine des Altgau am 15. Mai von Immenstadt aus einen Pilgerzug nach dem bekannten Wallfahrtsort Alkötting veranstalten, an dem auch Turner, Feuerswehr und Schützenvereine teilnehmen. Man scheint also in sachkundigen Kreisen den Verlust für eine gerechte Strafe des Himmels anzusehen für die begangenen Zentrumsünden. Die Ansicht hat viel für sich — die Strafe müßte allerdings noch kräftiger ausfallen.

## Die Durchpeitschung der Reichsversicherung.

Aus der Quelle des Reichsverbandes kann eine rechtsumfassende Meldung kommen, die mit in diesem Sinne die Sozialdemokraten bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung möglichst weitestgehende Änderungen an dem Entwurf durchzusetzen gungemacht.

Die Gefahr der Durchpeitschung der Reichsversicherung ist dem Reichsverbande durch die Sozialdemokraten sehr wohl bekannt. Die Durchpeitschung der Reichsversicherung ist dem Reichsverbande sehr wohl bekannt. Die Durchpeitschung der Reichsversicherung ist dem Reichsverbande sehr wohl bekannt. Die Durchpeitschung der Reichsversicherung ist dem Reichsverbande sehr wohl bekannt.



















Ueber eine Verhandlung der Breslauer Straßen-Eisenbahn... Die Verhandlungen sind... Die Verhandlungen sind...

Von der Oberschiffahrt. Der Vorstand des Wasserbauamtes zu Steinau macht folgendes bekannt: Aus Anlaß des Umbaus der Eisenbahnbrücke bei Steinau...

1. Bei Wasserständen unter 2,80 Meter am Pegel zu Steinau darf nur die Durchfahrtsöffnung am linken Ufer, am Treibdamme, benutzt werden.

2. Bei Wasserständen von 2,80 Meter und höher am Pegel zu Steinau darf auf der Laßfahrt außer der Durchfahrtsöffnung am linken Ufer, am Treibdamme, auch die stromseitig danebenliegende Brückenöffnung benutzt werden.

3. Zu Tal fahrende Schleppdampfer haben ihren Anhang in mindestens 500 Meter Entfernung vor der Brücke loszulassen; die Fahrzeuge dürfen die Brückenöffnungen nur einzeln durchfahren.

4. Schleppdampfer zu Berg dürfen die Brückenöffnung nur mit einem Anhang bis zu vier Schiffslängen durchfahren. Die Bestimmungen werden je nach Erfordernis des Brückenhauzes zur Durchfuhr kommen.

5. Ein Prozeß um 21.650 Mark vor dem Gewerbegericht. Ein wichtiger Streitfall spielt sich vor dem Breslauer Gewerbegericht ab.

6. Ein Prozeß um 21.650 Mark vor dem Gewerbegericht. Ein wichtiger Streitfall spielt sich vor dem Breslauer Gewerbegericht ab.

7. Ein Prozeß um 21.650 Mark vor dem Gewerbegericht. Ein wichtiger Streitfall spielt sich vor dem Breslauer Gewerbegericht ab.

8. Ein Prozeß um 21.650 Mark vor dem Gewerbegericht. Ein wichtiger Streitfall spielt sich vor dem Breslauer Gewerbegericht ab.

9. Ein Prozeß um 21.650 Mark vor dem Gewerbegericht. Ein wichtiger Streitfall spielt sich vor dem Breslauer Gewerbegericht ab.

10. Ein Prozeß um 21.650 Mark vor dem Gewerbegericht. Ein wichtiger Streitfall spielt sich vor dem Breslauer Gewerbegericht ab.

11. Ein Prozeß um 21.650 Mark vor dem Gewerbegericht. Ein wichtiger Streitfall spielt sich vor dem Breslauer Gewerbegericht ab.

12. Ein Prozeß um 21.650 Mark vor dem Gewerbegericht. Ein wichtiger Streitfall spielt sich vor dem Breslauer Gewerbegericht ab.

13. Ein Prozeß um 21.650 Mark vor dem Gewerbegericht. Ein wichtiger Streitfall spielt sich vor dem Breslauer Gewerbegericht ab.

14. Ein Prozeß um 21.650 Mark vor dem Gewerbegericht. Ein wichtiger Streitfall spielt sich vor dem Breslauer Gewerbegericht ab.

15. Ein Prozeß um 21.650 Mark vor dem Gewerbegericht. Ein wichtiger Streitfall spielt sich vor dem Breslauer Gewerbegericht ab.

Es handelt sich, wie unteren. Wenn in Erinnerung sein wird, um die Mitteilung eines Pflegers, der für seine anvertrauten Mündel hänge und Ursache zu haben glaubte, sich über das langsame Eingreifen der Armenverwaltung zu beschweren.

Es scheint demnach nicht zweifelhaft zu sein, daß diese Unterstützung dem energischen Eingreifen des gerichtlich bestellten Pflegers zu danken war und daß er sich in pflichtgemäßem Maße um die ihm anvertrauten Mündel bemüht hat.

Es scheint demnach nicht zweifelhaft zu sein, daß diese Unterstützung dem energischen Eingreifen des gerichtlich bestellten Pflegers zu danken war und daß er sich in pflichtgemäßem Maße um die ihm anvertrauten Mündel bemüht hat.

Folgen der Lebensversicherung. Dem Reichstage ist eine national-liberale Resolution zugeworfen, die die Verhältnisse der Lebensversicherung zu klären und die Verhältnisse der Lebensversicherung zu klären.

Verhaftung gegen Feindes Leben. Der sogenannte Kaufmann Viktor Rauch, Lohstraße 66 bezaugten haben; er ist deshalb am Donnerstag verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Ein Prozeß um 21.650 Mark vor dem Gewerbegericht. Ein wichtiger Streitfall spielt sich vor dem Breslauer Gewerbegericht ab.

Ein Prozeß um 21.650 Mark vor dem Gewerbegericht. Ein wichtiger Streitfall spielt sich vor dem Breslauer Gewerbegericht ab.

Ein Prozeß um 21.650 Mark vor dem Gewerbegericht. Ein wichtiger Streitfall spielt sich vor dem Breslauer Gewerbegericht ab.

Ein Prozeß um 21.650 Mark vor dem Gewerbegericht. Ein wichtiger Streitfall spielt sich vor dem Breslauer Gewerbegericht ab.

Ein Prozeß um 21.650 Mark vor dem Gewerbegericht. Ein wichtiger Streitfall spielt sich vor dem Breslauer Gewerbegericht ab.

mit 6 Mark anfang, hat jetzt einen Wochenlohn von 27,50 Mark. Also die Löhne bewegen sich zum größten Teil noch unter dem ortsüblichen Tagelohn gewöhnlicher Tagelöhner.

Die Ferien der Breslauer Volksschulen im Jahre 1911 sind wie folgt festgesetzt worden: Die Herbstferien beginnen am Donnerstag, den 6. April.

Die ungewaschenen Garbiken. Der Garbe-Verein zu Kattowitz hatte für den 18. März einen Herrenabend arrangiert. Auf dem mit dem Garbeclub und dem Schwarzen Adlerorden mit der Inschrift "Eum cuique" (Jedem das Seine) geschmückten Einladungsarten heißt es unter anderem wörtlich: "Es wird gebeten, sauber gewaschen und ganz angezogen zu erscheinen."

Verbrechen gegen Feindes Leben. Der sogenannte Kaufmann Viktor Rauch, Lohstraße 66 bezaugten haben; er ist deshalb am Donnerstag verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Ein Prozeß um 21.650 Mark vor dem Gewerbegericht. Ein wichtiger Streitfall spielt sich vor dem Breslauer Gewerbegericht ab.

Ein Prozeß um 21.650 Mark vor dem Gewerbegericht. Ein wichtiger Streitfall spielt sich vor dem Breslauer Gewerbegericht ab.

Ein Prozeß um 21.650 Mark vor dem Gewerbegericht. Ein wichtiger Streitfall spielt sich vor dem Breslauer Gewerbegericht ab.

Ein Prozeß um 21.650 Mark vor dem Gewerbegericht. Ein wichtiger Streitfall spielt sich vor dem Breslauer Gewerbegericht ab.

Ein Prozeß um 21.650 Mark vor dem Gewerbegericht. Ein wichtiger Streitfall spielt sich vor dem Breslauer Gewerbegericht ab.

Ein Prozeß um 21.650 Mark vor dem Gewerbegericht. Ein wichtiger Streitfall spielt sich vor dem Breslauer Gewerbegericht ab.







Trinkt Sinalco

Gesundheit 3mal wöchentlich

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Referat bei Einkäufen empfohlen

Fleischerwaren, Korbwaren, etc.

Beuthen O.-S. Bäckerwaren, Brauereien, Vereins-Brauerei A.-G.

Brauereien und Restaurateure, Holzwaren, etc.

Drogen und Farben, Fahrräder und Nähmaschinen, etc.

Hüte, Mützen, Pelawaren, etc.

Herrn- und Damenkonfektion, etc.

Wasser, Wein, etc.

Restaurateure, Zigarren, etc.

Brieg Arbeiter-Konfektion, etc.

Fleischer und Wurstfabrik, etc.

Hüte, Mützen, Pelawaren, etc.

Kaufhäuser, etc.

Hüte, Mützen, etc.

Herrn-Garderobe, etc.

Ohlau Fahrräder, Nähmaschinen, etc.

Kleider- und Schuhwaren, etc.

Häute und Kuchengeräte, etc.

Hüte, Mützen, Pelawaren, etc.

Kleider- und Schuhwaren, etc.

Hüte, Mützen, etc.

Herrn-Garderobe, etc.

Oels/Hundsfeld Buchdruckerei, etc.

Fleischer, etc.

Hüte, Mützen, Pelawaren, etc.

Hüte, Mützen, Pelawaren, etc.

Kleider- und Schuhwaren, etc.

Hüte, Mützen, etc.

Herrn-Garderobe, etc.

Oltaschin Kolonial- und Gemischtwaren, etc.

Holz- u. Kohlenhandlung, etc.

Bäckerwaren und Konditoreien, etc.

Hüte, Mützen, Pelawaren, etc.

Hüte, Mützen, Pelawaren, etc.

Hüte, Mützen, etc.

Herrn-Garderobe, etc.

Parchwitz Bäckerwaren, etc.

Bach, Arth., etc.

Bäckerwaren und Konditoreien, etc.

Hüte, Mützen, Pelawaren, etc.

Hüte, Mützen, Pelawaren, etc.

Hüte, Mützen, etc.

Herrn-Garderobe, etc.

Qualkau Bäcker- u. Kolonialwaren, etc.

Stroh- u. Filzfabrik, etc.

Bäckerwaren und Konditoreien, etc.

Hüte, Mützen, Pelawaren, etc.

Hüte, Mützen, Pelawaren, etc.

Hüte, Mützen, etc.

Herrn-Garderobe, etc.

Schweidnitz Fahrrad- u. Nähmaschinen, etc.

Uhren und Goldwaren, etc.

Bäckerwaren und Konditoreien, etc.

Hüte, Mützen, Pelawaren, etc.

Hüte, Mützen, Pelawaren, etc.

Hüte, Mützen, etc.

Herrn-Garderobe, etc.

Striegau Brauereien und Bierbrenner, etc.

Uhren und Goldwaren, etc.

Bäckerwaren und Konditoreien, etc.

Hüte, Mützen, Pelawaren, etc.

Hüte, Mützen, Pelawaren, etc.

Hüte, Mützen, etc.

Herrn-Garderobe, etc.

Wolff, M., etc.

Uhren und Goldwaren, etc.

Bäckerwaren und Konditoreien, etc.

Hüte, Mützen, Pelawaren, etc.

Hüte, Mützen, Pelawaren, etc.

Hüte, Mützen, etc.

Herrn-Garderobe, etc.

Wolff, M., etc.

Uhren und Goldwaren, etc.

Bäckerwaren und Konditoreien, etc.

Hüte, Mützen, Pelawaren, etc.

Hüte, Mützen, Pelawaren, etc.

Hüte, Mützen, etc.

Herrn-Garderobe, etc.

Wolff, M., etc.



Dienstag, den 28. März 1911.

## Preussisches Abgeordnetenhause.

57. Sitzung. Freitag, den 24. März 1911, Vormittags 10 Uhr.

Am Ministerisch: v. Sydow.

Die dritte Lesung des Etats wird fortgesetzt.

### Vergelt.

Abg. Hoffmann (Soz.): Es ist mir berichtet worden, daß ich bei der zweiten Lesung so lange zum Vergelt gesprochen habe. Wenn wir hier so viel reden müssen, so sind die Parteien daran schuld, die uns aus fast allen Kommissionen ausgeschlossen haben. Ferner müssen Sie auch bedenken, daß wir über sechzig Jahre aus diesem Hause ausgeschlossen gewesen sind. Wenn man darauf hinweist, daß wir nur sechs Abgeordnete 208 konservativen Abgeordneten nur 118.000 Stimmen vertretend. Das sind wir also eigentlich das Recht, mindestens eben so viel zu sprechen, wie die gesamte konservative Fraktion. Ferner müssen Sie berücksichtigen, daß die Kerne der Parteien, die wir vertreten, sehr verständlich mehr die Arbeiter sind, als Ihre Wähler. Das Tempo, in dem der Etat hier erledigt wird, ist ein geradezu polizeimäßiges Autokratentempo. Wenn ein Redner von uns mal drei Stunden spricht, so hat er noch nicht den fünfzehnten Teil des Materials vorgebracht, das uns zugeht. Gehen wir auf die einzelnen Fälle nur kurz ein, so spricht Herr von Fahrenberg von beweislosen Behauptungen. Ich bin in jedem Falle einen so tiefen Respekt vor dem Herrn von Fahrenberg, daß ich seinen Worten keine Zeit des hohen Hauses — im Hinblick auf den Mann (Herrlichkeit) — ist zu lassen. Gewiß, aber noch wichtiger ist Leben und Gesundheit unserer Arbeiter, insbesondere der Bergarbeiter. Ich könnte mein Material aus der zweiten Lesung noch ins Ungeheure vermehren. Ich will es nicht, sondern will nur erwähnen, daß wir heute noch wieder ein Schreiben zugegangen ist, wo unter anderem aus dem Ministerial-Büreau von einem reichhaltigen Sicherheitsmann berichtet wird, in dessen

### in 3 Wochen 5 Todesfälle

und zwei schwere Verletzungen vorgekommen sind, und der sich alsbald hat, zweimal keine Abschnitte zu revidieren. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich will jetzt nur noch kurz auf die Verletzungen der Zentrumsredner bei der zweiten Lesung antworten. Herr Antkowiak hat nichts widerlegt, sondern nur einen recht verurteilten Satz gemacht, indem er behauptete, ich hätte selbst gesagt, ich verstände nicht allzuviel von Bergbau. Er hat die Stelle aus dem Zusammenhang herausgerissen. Ich habe nahezu acht Jahre in einem Bergarbeiterbezirk gewohnt und bin allgemein orientiert. Natürlich können wir nicht für alle Fragen nachfragen haben, aber es ist Pflicht der Abgeordneten, sich nach Möglichkeit über alles zu orientieren. Dazu könnte die Regierung uns helfen durch Gewährung von Freitagen auch außerhalb der Sitzungszeit über den ganzen Staat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Bei der nächsten Wahl werden wir hoffentlich auch Bergarbeiter von unserer Seite in das Haus hineinkommen. Herr v. Sydow hat dann am 20. März gesagt, er könne beweisen, daß die Sicherheitsmänner keine weisse Salbe seien, sondern drauf und dran seien, sich in einer massenhaften Salbe zu verpacken. Der sozialdemokratische Bergarbeiterverband habe eine ausdrückliche Anweisung erteilt, um die sie sich eigentlich garnicht als Aufgaben anzuwenden, um die sie sich eigentlich garnicht als Aufgaben anzuwenden, und da sei direkt ausgedrückt, daß

### die Sicherheitsmänner

bei Verletzungen der Arbeiter und Steiger gewissermaßen ein Auge zudrücken sollen, gegen jedes Versehen der Verwaltung aber aufs Schärfste vorgehen sollen. Ich nehme an, daß sich Herr v. Sydow selber hat davor hüten lassen; er hat offenbar aus der „Königlichen Zeitung“ geschöpft, die diese Anweisung des Bergarbeiterverbandes in der unerschämtesten Weise kritisiert und gefälscht wiedergegeben hat. So steht es in der Anweisung: „Das Verhalten des Sicherheitsmannes den Steigern gegenüber wird ein ganz anderes sein müssen, als den höheren Beamten der Bergbehörde gegenüber“; das heißt der Bericht der „Königlichen Zeitung“, läßt aber den entscheidenden Satz fort: „Der Steiger wird ihm ja in den allermeisten Fällen begleiten und ihm über alle Sachen Auskunft geben. Der Sicherheitsmann wird nur auf den allermeisten Forderungen heranzutreten, daß der Steiger sich gar nicht im Revier zu zeigen hat, sondern nur dazu dienen, das auszuführen, was seine Vorgesetzten sagen.“ Dieser Satz, der dem Vorfall einen ganz anderen Sinn gibt, ist fortgelassen. Ebenso ist für alle anderen von Herrn v. Sydow ähnlichen Sätze nachgewiesen, daß sie vollständig aus dem Zusammenhang herausgerissen und entstellt wiedergegeben sind. Ausgelassen ist aus der Broschüre der wichtige Satz: „Der Sicherheitsmann muß selbstverständlich seine Arbeit in ununterbrochener Ordnung halten und die bergpolizeilichen Vorschriften auf jeden Fall befolgen.“ Im Vorwort heißt es: „Daß die Sicherheitsmänner bei ihrem sonstigen Verhalten die gesetzlichen Vorschriften über die Tätigkeit der Sicherheitsmänner beachten müssen, ist selbstverständlich.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Ich lese die Schrift des Bergarbeiterverbandes auf den Tisch des Hauses, damit Sie sich selbst überzeugen, in wie unerschämter Weise der Bericht der „Königlichen Zeitung“ gefälscht ist. Solche ungläublichen Lügen und Fälschungen können wir doch nicht unbedenklich ins Land hinausgeben lassen. Angeht es dieser standalösen Kompromisse kann ich nur mit dem alten Spruch sagen: „Und mit solchem Geindel muß ich mich herumschlagen.“ (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Imbusch (Zentr.) betont dem Vorredner gegenüber, daß die praktischen Bergarbeiter im Zentrum sich seit Jahren der Interessen der Bergarbeiter angenommen hätten.

Abg. v. Sydow (natl.) bleibt bei seiner Behauptung, daß der alte Bergarbeiterverband den Sicherheitsmännern Aufgaben zuzumite, deren Erfüllung sie in Konflikt mit dem Gesetz bringen müßte.

Abg. Dr. Maurer (natl.) kritisiert einen Vertrag des Rissus mit der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, betreffend die Verwendung der überschüssigen Energie der staatlichen Elektrizitätswerke an der Saar.

Minister Sydow erwidert, die öffentlichen und konsumentlichen Interessen seien durch den Vertrag genügend geschützt.

Abg. Wendel v. Donnersmarck (Zentr.) polemisiert gegen frühere Ausführungen des Abg. Rosenthal.

Abg. Imbusch (Zentr.) behauptet durch den Schluß der Debatte verhindert zu sein, die Ausführungen des Abg. Imbusch und v. Sydow zu widerlegen.

Abg. Imbusch (Zentr.): Ich hätte nachweisen können, daß der Abg. Hoffmann in Sachen der Sicherheitsmänner in allen Punkten die Unwahrheit gesagt hat. (Hört, hört! bei den Soz.)

Präs. v. Kröcher: Ich bitte, das Wort Unwahrheit nicht gegen einen Abgeordneten zu brauchen, sonst Sie lieber unrichtig.

Abg. Hoffmann (Soz.): Um den Ton des Hauses zu wahren (Herrlichkeit), will ich sagen, daß Herr v. Sydow in allen Punkten unrichtig ist. Er hat sich nicht an die „Königliche Zeitung“ gehalten.

Es folgen noch eine Reihe persönlicher Bemerkungen einzelner Abgeordneter. Als Abg. Hoffmann wiederholt das Wort erhebt, wird er von der Rechten mit großer Narbe empfangen.

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich glaube im Augenblick in Döhlen in der Nähe ihrer Ställe zu sein. (Weiterkeit links.)

Präs. v. Kröcher: Dieser Ausbruch war durchaus unzulässig, ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. v. Sydow (natl.): Ich habe das Buch des Bergarbeiterverbandes selbst hier.

Abg. Hoffmann (Soz.): Aber nicht verstanden. (Große Weiterkeit.)

Abg. Reinert (Soz.) behauptet, verhindert zu sein, über den Fonds von 80.000 Mark für Unterstützung der Invaliden des Gauschkalten Knappheitsvereins zu sprechen.

Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Abg. Dr. Schröder-Rassel (Natl.) polemisiert gegen Ausführungen des Abg. Hammer aus der zweiten Lesung.

Abg. Dr. Schupp (Vpl.) wünscht Einschränkung des Vorkaufrechts im Interesse der kleinen Schiffer.

Abg. Dr. Sydow (Natl.) führt Beschwerde über Drangsalierung des polnischen Genossenschaftswesens durch die Behörden.

Minister Sydow äußert sich entgegenkommend in der Frage des Vorkaufrechts. Gegen die polnischen Genossenschaften müßte vorgegangen werden, soweit sie sich an der großpolnischen Agitation beteiligen.

Abg. Reinert (Soz.): Ich hatte in der zweiten Lesung von einer Beilegung des Handels und von Donnerstag an einem Barenhaus am Alexanderplatz gesprochen. Das muß ich zurücknehmen, ich habe mich geirrt und habe den Grafen Hugo von Händel von Donnerstag gemeint, der zugleich mit dem Bankgeschäft beteiligt ist unter der Firma Handelsvereinigung Aktien-Gesellschaft, das ihrerseits das Barenhaus Wolf Wertheim finanziert hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Meinen damaligen Vorwurf gegen das Zentrum, daß seine angebliche Mittelstandsfröndlichkeit mit den Tatsachen nicht übereinstimme, muß ich aber aufrecht erhalten. Zum Beweise meiner Behauptung stelle ich fest, daß das Zentrumsmitglied im Abgeordnetenhause Freiherr von Twardt-Strover, Präsident des Westfälischen Bauernvereins und Erzieher Freiherr Janz von Landsberg-Steinfurt Mitglied des Herrenhauses Kommandeur des Barenhauses Firma Theodor Althoff in Dortmund sind, das Filialen in vielen westfälischen Städten hat. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Etat des Ministeriums des Innern.

Abg. Hammer (kons.) führt Beschwerde über die Konkurrenz der Gehaltsartikel für das Handwerk.

Abg. Dr. Schumann (natl.) stellt an Hand von Zitaten fest, daß der „Düppelische Volksfreund“, den der Minister als unparteiliches Blatt bezeichnet habe, einseitig konservative Parteipolitik treibe.

Abg. Cassel (Vollst.) erotelekt gegen eine frühere Behauptung des Abg. v. Erffa, daß die Freistimmigen mit der Sozialdemokratie ein Bündnis auf Tod und Leben abgeschlossen hätten. Dagegen hätten sogar konservative Abgeordnete die Wahlhilfe von Sozialdemokraten angenommen. Wir behalten uns die Freiheit der Einschätzung für jeden Fall vor. (Bravo! links.)

Abg. Reinert (Soz.) kommt auf den Fall eines Schutzmanns in Posen

jurid., der aus dem Briefkasten eines Polen Briefe gestohlen hatte. Der Staatsanwalt hat ein Einschreiten abgelehnt, da ein Diebstahl nicht vorläge, weil der Schutzmann die Briefe nachher wieder in den Kasten gelegt habe. (Hört, hört! bei den Soz.) Für die Polizei wichtige Details sind aber zweifellos von dieser juristischen Würdigung. Jedenfalls handelt es sich im Sinne jedes anständigen Menschen um einen ganz gemeinen Diebstahl seitens des Polizeibeamten. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Rechner führt weiter Beschwerde über die Handhabung des Vereinsgesetzes gegenüber polnischen Vereinen. Ein Polizeibeamter in Jabrze, der als Lohndiener entlarvt war, wurde zwar aus Jabrze vertrieben, aber anderswo wird er bei der Polizei angestellt. (Hört, hört! bei den Soz.)

Minister von Dallwitz: Gegenüber der Anfrage von gestern Tage, ob die Regierung mit dem auffälligen Artikel der „Neuen Korrespondenz“ über die Reichsfinanzreform etwas zu tun habe, stelle ich fest, daß dieser Artikel von mir veranlaßt worden ist. Er hat aber lediglich eine objektive Feststellung von Zahlen über die Wirkungen der Steuern enthalten.

Die von Herrn v. Sydow angeführten Artikel aus dem „Düppelischen Volksfreund“ stellen zweifellos Entgleisungen dar. Die der „Düppelische Volksfreund“ ein unparteiliches Blatt, das sich lediglich gegen Sozialdemokratie und großpolnische Bestrebungen richtet. (Lachen bei den Soz.)

Um den Fall des Schutzmanns, der polnische Briefe entwendet haben soll, was er entlassen leugnet, (Abg. Hoffmann, Soz.: Jeder Spitzhube leugnet) aufzuklären, hat der Regierungspräsident gegen ihn das Disziplinarverfahren eröffnet, wobei die Jengen etidlich hergenommen werden.

Abg. v. Sydow (natl.): Wie Herr Cassel möchte auch ich betonen, daß von einem

Bündnis zwischen Freistimmigen und Sozialdemokraten keine Rede sein kann. Unsere Taktik für die nächsten Wahlen wird durch den Parteilag bestimmt werden, sie wird jedenfalls darauf hinauslaufen, daß wir in der Hauptwahl eigene Kandidaten aufstellen und in der Stichwahl für den Kandidaten stimmen, den wir für das kleinere Übel halten. Aus dem Punkte vor der Abrechnung bei den nächsten Wahlen hervor. Wenn 1907 ein Teil unserer Genossen für den Konventionen v. Polk eingetreten ist, so lag das jedenfalls daran, daß damals Freistimmige und Konventionen kaum zu unterscheiden waren. Offiziell ist nur in Pilsdeseim ein Konventionen mit Hilfe der Sozialdemokraten gewählt worden, der hatte sich aber auf unsere Wiedereinforderungen verpflichtet. (Hört, hört! bei den Soz.)

Der Artikel der „Neuen Korrespondenz“ enthält allerdings nur Zahlen, aber diese sind einseitig tendenziös zusammengefaßt zur Verleumdung der Gegner der Finanzreform. (Sehr wahr! links.) Wenn der Minister zugegeben hat, daß der „Düppelische Volksfreund“ die Aufgabe habe, Sozialdemokratie und Polen zu bekämpfen, so hat er offenbar verstanden, daß wir vor dem Gesetze alle gleichberechtigt sind. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Das Anlagematerial gegen das Ministerium des Innern hat sich inzwischen so ungeheuer angehäuft, daß ich Stundenlang reden müßte, wenn ich auch nur das wichtigste vordringen wollte. Ich will darauf verzichten zur Rücksicht auf die Geschäftsverhältnisse, nicht etwa mit Rücksicht auf die schulmeisterlichen Ermahnungen, die uns gestern hier zuteil wurden. Ueber solche dreifache Ermahnungen lachen wir nur. Wenn wir hier häufig reden müssen, so liegt das nur daran, daß

Ihr Sündenregister so ungeheuer ist, und daß Sie fortgesetzt gegen uns Vorwürfe erheben, die wir dann natürlich zurückweisen müssen. Ich erinnere an die Rede des Abg. v. Sydow bei der zweiten Lesung. Auf sie brauche ich nicht einzugehen, weil sie so tief stand, daß sie nur auf die Dummheit berechnet war. Wo Gründe vorliegen, können das Zentrum immer mit persönlichen Behauptungen in Verleumdungen der Gegner wird die falsche Presse von keiner anderen betroffen, das hat selbst Herr v. Sydow gesagt.

(Hört, hört! bei den Soz.) Die Rede des Herrn Cronow ist war weiter nichts als ein Sammelurium von Unwahrheiten, die im Grunde gegen die Sozialdemokratie verdrängt und längst widerlegt sind. (Präsident v. Kröcher ruft den Redner zur Ordnung.) Ich will es unterlassen, hier im einzelnen zu schließen, wie die Sozialdemokraten als minderere Rechts behandelt werden, wie man gegen sie mit kleinlicher Nachsichtspolitik anfaßt. Das zeigt sich beim Vereinsgesetz, beim Kampf gegen die Jugend in der ganzen inneren Verwaltung. Fortgesetzt rufen Sie nur so fort, wie gedeihen dabei sehr gut. Streikende Arbeiter werden fortgesetzt wegen der geringfügigsten Vergehen zur Verurteilung gezwungen. Was würde einem organisierten Arbeiter geschehen, wenn er eine Aeußerung täte, wie sie sich neulich in der Deutschen Arbeiterbewegung fand: „Es bleibt nur die Möglichkeit, sich endlich emporgearbeiten zu lassen, von dem Gedanken der Klasse nicht angekränkeltem Entschluß. Die großen Fragen der Zeit werden nicht durch Reden und humanitäre Beschlüsse, sondern durch Blut und Eisen entschieden werden.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Hiergegen geht niemand vor, wenn aber ein Streikender Kollegen erücht, den Streikenden nicht in den Rücken zu fallen, so kann er einer harten Freiheitsstrafe sicher sein. Die ganze Willkür der Verwaltung setzt sich auch in der

### Behandlung der Ausländer.

Diese Ausweisungen richten sich hauptsächlich gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. So wurden sieben Mitglieder des Holzarbeiterverbandes lediglich wegen ihrer Mitgliedschaft ausgewiesen. Im österreichischen Parlament ist bereits angeregt worden, man solle gegen die Deutschen ebenso vorgehen, wie Preußen gegen die Oesterreicher, aber der dortige Minister des Innern ist zu vornehm dazu, gleiches mit gleichem zu vergeten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Gegen diese systematische Verletzung von Recht und Gerechtigkeit den Bürgern eines fremden Staates gegenüber, sollten alle ihre Stimme erheben, denen an der Wahrung des völkischen Ansehens im Auslande gelegen ist. Ein besonderer Mas ist gegen die Tschechen im allgemeinen ergangen, der der preussischen Ausweisungsbekanntmachung die Krone aufsetzt, denn es handelt sich hier nicht um individuelle Ausweisungen, sondern um die Achtung einer ganzen Nationalität des besterben Österreichischen Staates. (Hört, hört! bei den Soz.) Ebenso ist mir berichtet, daß die von Herrn Cassel erwähnte Ausweisungspolitik gegenüber russischen Juden. Ueber die Behauptung des Ministers in der zweiten Lesung, wir suchten Beamte durch Bezeichnung zu Spitzeldiensten für die Sozialdemokratie zu verleiten, hat sich mein Parteigenosse Webel schon in einem offenen Briefe im „Vorwärts“ mit dem Minister auseinandergesetzt. Webel schrieb das: Die moralische Enttötung, mit der der Minister uns aus einem Akt der Rache eine Strafe berechnen will, kann nur unser Lächeln erregen. Erst wenn es Ihnen gelingen sollte, aus der politischen Polizei ein Institut für öffentliche Moral und Wahrheitsliebe zu machen, könnte ich Ihre Enttötung ernst nehmen. Einweisen würde ich mit Millionen darauf, ob es Ihnen einfallen sollte, daß die Berliner Polizeibeamten wegen ihrer gerichtlichen Verurteilung zahllosen Vergehen gelegentlich

### Der Minister Kröcher

zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden. Abg. Hoffmann: Der Herr Kröcher! Damit komme ich auf Kröcher. (Unruhe rechts.) Ich weiß, daß Ihnen das unangenehm ist. Sie wollten Kröcher als Schlagwort bei den nächsten Wahlen benutzen, nun sehen Sie, daß Ihnen die Kröcher Verleumdungen sind. Das inwischen erlittene schriftliche Urteil beweist die Wahrheit all dessen, was wir hier über die Polizei gesagt haben. Das Urteil sagt selbst alle Mißbräuche im Interesse der Polizei zusammen, kommt aber trotzdem bei aller Vorkehr in der Werbung der Zeugnisaussagen — das möge sich Herr v. Sydow merken! — zu der Feststellung, daß in zahlreichen Fällen ruhige Leute, die harmlos ihres Weges gingen, in menschenleeren Straßen beschimpft und niedergeschlagen wurden, daß auch auf am Boden liegende eingeschlagen wurde. Redner verliest Teile des Urteils. In einem Falle rief ein Schutzmann, als man einen am Boden liegenden wegragen wollte: „Laßt doch den Hund verbluten!“ Abg. Hoffmann: Und so was nennt sich Schutzmann! Eingehend wird in dem Urteil auch der Vorwurf an dem Arbeiter Herrmann geäußert. Für mich steht fest, daß man die schuldigen Schutzleute nicht in den Will. (Sehr wahr! bei den Soz.) sonst müßte das längst möglich gewesen sein angesichts des beschämten Ansehens von Personen, der hier überhaupt in Betracht kommt. Damit macht sich die Polizei zum Mitschuldigen des Verbrechens. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich will, trotzdem es mir sehr schwer fällt, annehmen, daß der Minister bei der zweiten Lesung noch nicht gekannt hat, was eigentlich in Kröcher vorfallen ist. Sonst wäre es unverständlich, wie er all das hier von der Tribüne vortragen kann. Er hat sich offenbar eintrümmeln lassen.

Die durch den Sturz zur Wahrheit reifen, Das sind die Weisen; Die im Sturz verharren, Das sind die Narren.

Herr Minister, Sie haben die Wahl! (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Meyer-Tilgt (kons.) greift die Liberalen wegen ihrer Kampfesweise gegen die Konservativen von Labiau-Wehlar in der bestmöglichen Weise an.

Minister von Dallwitz: Ich würde auf Kröcher nicht mehr eingehen, wenn nicht inzwischen das schriftliche Urteil zu meiner Kenntnis gelangt wäre. Das Urteil stellt fest, daß die Mißbräuche der Beamten erst am 26. September einsetzten, bis dahin ist nicht das mindeste vorgekommen, die Beamten haben vielmehr nach dem Urteil unter den schwierigsten Verhältnissen bewundernswerte Ruhe und Zurückhaltung bewahrt. Die Ansprüche an die Gerechtigkeit und das Ehrgefühl der Beamten konnten nicht höher gespannt werden. (Hört, hört! rechts.) Sie müßten, solange die rohenen Beschimpfungen, Steinwürfe und Schüsse über sich ergehen lassen. Die Behauptung des Abgeordneten Webel, daß bei der zweiten Lesung, daß meine Darstellung des Sachverhalts mit den Feststellungen des Gerichts in Widerspruch gekommen haben, muß ich auf Grund dieses Urteils entschieden zurückweisen. Die einzelnen Fälle der Ausweisungen gegen Sie stellen sich nach dem Urteil noch viel gefährlicher und trübsamer dar, als es bei der ersten Lesung hingestellt wurde. Die Behauptung des Abg. Webel, die Polizei Altruismus habe, die Schuld an den Unruhen, und geringfügige Unordnungen, die vorgekommen sein mögen, seien durch Streikbrecher provoziert, erweist sich durch das Urteil als ganz falsch. Im Falle v. Sydow ist sofort alles geschieden, um die Schuldigen festzustellen. Es liegt aber ein Haufen Unwissenheit, die die gerichtliche Feststellung bezieht, und den Angaben der Urteilsanträge zu der Zeit, die gemacht wurde, vor. Was die Zeugnisaussagen von Herrmann anbelangt, so ist in dem Urteile festzustellen, daß die Angaben in der Urteilsanfrage nicht den Tatsachen entsprechen, was durch das Urteil bestätigt wird. In der Urteilsanfrage ist nicht die Rede von einem offenen Aufstand in der Gegend, sondern von einem

Minister von Dallwitz: Ich würde auf Kröcher nicht mehr eingehen, wenn nicht inzwischen das schriftliche Urteil zu meiner Kenntnis gelangt wäre. Das Urteil stellt fest, daß die Mißbräuche der Beamten erst am 26. September einsetzten, bis dahin ist nicht das mindeste vorgekommen, die Beamten haben vielmehr nach dem Urteil unter den schwierigsten Verhältnissen bewundernswerte Ruhe und Zurückhaltung bewahrt. Die Ansprüche an die Gerechtigkeit und das Ehrgefühl der Beamten konnten nicht höher gespannt werden. (Hört, hört! rechts.) Sie müßten, solange die rohenen Beschimpfungen, Steinwürfe und Schüsse über sich ergehen lassen. Die Behauptung des Abgeordneten Webel, daß bei der zweiten Lesung, daß meine Darstellung des Sachverhalts mit den Feststellungen des Gerichts in Widerspruch gekommen haben, muß ich auf Grund dieses Urteils entschieden zurückweisen. Die einzelnen Fälle der Ausweisungen gegen Sie stellen sich nach dem Urteil noch viel gefährlicher und trübsamer dar, als es bei der ersten Lesung hingestellt wurde. Die Behauptung des Abg. Webel, die Polizei Altruismus habe, die Schuld an den Unruhen, und geringfügige Unordnungen, die vorgekommen sein mögen, seien durch Streikbrecher provoziert, erweist sich durch das Urteil als ganz falsch. Im Falle v. Sydow ist sofort alles geschieden, um die Schuldigen festzustellen. Es liegt aber ein Haufen Unwissenheit, die die gerichtliche Feststellung bezieht, und den Angaben der Urteilsanträge zu der Zeit, die gemacht wurde, vor. Was die Zeugnisaussagen von Herrmann anbelangt, so ist in dem Urteile festzustellen, daß die Angaben in der Urteilsanfrage nicht den Tatsachen entsprechen, was durch das Urteil bestätigt wird. In der Urteilsanfrage ist nicht die Rede von einem offenen Aufstand in der Gegend, sondern von einem

Minister von Dallwitz: Ich würde auf Kröcher nicht mehr eingehen, wenn nicht inzwischen das schriftliche Urteil zu meiner Kenntnis gelangt wäre. Das Urteil stellt fest, daß die Mißbräuche der Beamten erst am 26. September einsetzten, bis dahin ist nicht das mindeste vorgekommen, die Beamten haben vielmehr nach dem Urteil unter den schwierigsten Verhältnissen bewundernswerte Ruhe und Zurückhaltung bewahrt. Die Ansprüche an die Gerechtigkeit und das Ehrgefühl der Beamten konnten nicht höher gespannt werden. (Hört, hört! rechts.) Sie müßten, solange die rohenen Beschimpfungen, Steinwürfe und Schüsse über sich ergehen lassen. Die Behauptung des Abgeordneten Webel, daß bei der zweiten Lesung, daß meine Darstellung des Sachverhalts mit den Feststellungen des Gerichts in Widerspruch gekommen haben, muß ich auf Grund dieses Urteils entschieden zurückweisen. Die einzelnen Fälle der Ausweisungen gegen Sie stellen sich nach dem Urteil noch viel gefährlicher und trübsamer dar, als es bei der ersten Lesung hingestellt wurde. Die Behauptung des Abg. Webel, die Polizei Altruismus habe, die Schuld an den Unruhen, und geringfügige Unordnungen, die vorgekommen sein mögen, seien durch Streikbrecher provoziert, erweist sich durch das Urteil als ganz falsch. Im Falle v. Sydow ist sofort alles geschieden, um die Schuldigen festzustellen. Es liegt aber ein Haufen Unwissenheit, die die gerichtliche Feststellung bezieht, und den Angaben der Urteilsanträge zu der Zeit, die gemacht wurde, vor. Was die Zeugnisaussagen von Herrmann anbelangt, so ist in dem Urteile festzustellen, daß die Angaben in der Urteilsanfrage nicht den Tatsachen entsprechen, was durch das Urteil bestätigt wird. In der Urteilsanfrage ist nicht die Rede von einem offenen Aufstand in der Gegend, sondern von einem

Minister von Dallwitz: Ich würde auf Kröcher nicht mehr eingehen, wenn nicht inzwischen das schriftliche Urteil zu meiner Kenntnis gelangt wäre. Das Urteil stellt fest, daß die Mißbräuche der Beamten erst am 26. September einsetzten, bis dahin ist nicht das mindeste vorgekommen, die Beamten haben vielmehr nach dem Urteil unter den schwierigsten Verhältnissen bewundernswerte Ruhe und Zurückhaltung bewahrt. Die Ansprüche an die Gerechtigkeit und das Ehrgefühl der Beamten konnten nicht höher gespannt werden. (Hört, hört! rechts.) Sie müßten, solange die rohenen Beschimpfungen, Steinwürfe und Schüsse über sich ergehen lassen. Die Behauptung des Abgeordneten Webel, daß bei der zweiten Lesung, daß meine Darstellung des Sachverhalts mit den Feststellungen des Gerichts in Widerspruch gekommen haben, muß ich auf Grund dieses Urteils entschieden zurückweisen. Die einzelnen Fälle der Ausweisungen gegen Sie stellen sich nach dem Urteil noch viel gefährlicher und trübsamer dar, als es bei der ersten Lesung hingestellt wurde. Die Behauptung des Abg. Webel, die Polizei Altruismus habe, die Schuld an den Unruhen, und geringfügige Unordnungen, die vorgekommen sein mögen, seien durch Streikbrecher provoziert, erweist sich durch das Urteil als ganz falsch. Im Falle v. Sydow ist sofort alles geschieden, um die Schuldigen festzustellen. Es liegt aber ein Haufen Unwissenheit, die die gerichtliche Feststellung bezieht, und den Angaben der Urteilsanträge zu der Zeit, die gemacht wurde, vor. Was die Zeugnisaussagen von Herrmann anbelangt, so ist in dem Urteile festzustellen, daß die Angaben in der Urteilsanfrage nicht den Tatsachen entsprechen, was durch das Urteil bestätigt wird. In der Urteilsanfrage ist nicht die Rede von einem offenen Aufstand in der Gegend, sondern von einem

Minister von Dallwitz: Ich würde auf Kröcher nicht mehr eingehen, wenn nicht inzwischen das schriftliche Urteil zu meiner Kenntnis gelangt wäre. Das Urteil stellt fest, daß die Mißbräuche der Beamten erst am 26. September einsetzten, bis dahin ist nicht das mindeste vorgekommen, die Beamten haben vielmehr nach dem Urteil unter den schwierigsten Verhältnissen bewundernswerte Ruhe und Zurückhaltung bewahrt. Die Ansprüche an die Gerechtigkeit und das Ehrgefühl der Beamten konnten nicht höher gespannt werden. (Hört, hört! rechts.) Sie müßten, solange die rohenen Beschimpfungen, Steinwürfe und Schüsse über sich ergehen lassen. Die Behauptung des Abgeordneten Webel, daß bei der zweiten Lesung, daß meine Darstellung des Sachverhalts mit den Feststellungen des Gerichts in Widerspruch gekommen haben, muß ich auf Grund dieses Urteils entschieden zurückweisen. Die einzelnen Fälle der Ausweisungen gegen Sie stellen sich nach dem Urteil noch viel gefährlicher und trübsamer dar, als es bei der ersten Lesung hingestellt wurde. Die Behauptung des Abg. Webel, die Polizei Altruismus habe, die Schuld an den Unruhen, und geringfügige Unordnungen, die vorgekommen sein mögen, seien durch Streikbrecher provoziert, erweist sich durch das Urteil als ganz falsch. Im Falle v. Sydow ist sofort alles geschieden, um die Schuldigen festzustellen. Es liegt aber ein Haufen Unwissenheit, die die gerichtliche Feststellung bezieht, und den Angaben der Urteilsanträge zu der Zeit, die gemacht wurde, vor. Was die Zeugnisaussagen von Herrmann anbelangt, so ist in dem Urteile festzustellen, daß die Angaben in der Urteilsanfrage nicht den Tatsachen entsprechen, was durch das Urteil bestätigt wird. In der Urteilsanfrage ist nicht die Rede von einem offenen Aufstand in der Gegend, sondern von einem

Minister von Dallwitz: Ich würde auf Kröcher nicht mehr eingehen, wenn nicht inzwischen das schriftliche Urteil zu meiner Kenntnis gelangt wäre. Das Urteil stellt fest, daß die Mißbräuche der Beamten erst am 26. September einsetzten, bis dahin ist nicht das mindeste vorgekommen, die Beamten haben vielmehr nach dem Urteil unter den schwierigsten Verhältnissen bewundernswerte Ruhe und Zurückhaltung bewahrt. Die Ansprüche an die Gerechtigkeit und das Ehrgefühl der Beamten konnten nicht höher gespannt werden. (Hört, hört! rechts.) Sie müßten, solange die rohenen Beschimpfungen, Steinwürfe und Schüsse über sich ergehen lassen. Die Behauptung des Abgeordneten Webel, daß bei der zweiten Lesung, daß meine Darstellung des Sachverhalts mit den Feststellungen des Gerichts in Widerspruch gekommen haben, muß ich auf Grund dieses Urteils entschieden zurückweisen. Die einzelnen Fälle der Ausweisungen gegen Sie stellen sich nach dem Urteil noch viel gefährlicher und trübsamer dar, als es bei der ersten Lesung hingestellt wurde. Die Behauptung des Abg. Webel, die Polizei Altruismus habe, die Schuld an den Unruhen, und geringfügige Unordnungen, die vorgekommen sein mögen, seien durch Streikbrecher provoziert, erweist sich durch das Urteil als ganz falsch. Im Falle v. Sydow ist sofort alles geschieden, um die Schuldigen festzustellen. Es liegt aber ein Haufen Unwissenheit, die die gerichtliche Feststellung bezieht, und den Angaben der Urteilsanträge zu der Zeit, die gemacht wurde, vor. Was die Zeugnisaussagen von Herrmann anbelangt, so ist in dem Urteile festzustellen, daß die Angaben in der Urteilsanfrage nicht den Tatsachen entsprechen, was durch das Urteil bestätigt wird. In der Urteilsanfrage ist nicht die Rede von einem offenen Aufstand in der Gegend, sondern von einem

Minister von Dallwitz: Ich würde auf Kröcher nicht mehr eingehen, wenn nicht inzwischen das schriftliche Urteil zu meiner Kenntnis gelangt wäre. Das Urteil stellt fest, daß die Mißbräuche der Beamten erst am 26. September einsetzten, bis dahin ist nicht das mindeste vorgekommen, die Beamten haben vielmehr nach dem Urteil unter den schwierigsten Verhältnissen bewundernswerte Ruhe und Zurückhaltung bewahrt. Die Ansprüche an die Gerechtigkeit und das Ehrgefühl der Beamten konnten nicht höher gespannt werden. (Hört, hört! rechts.) Sie müßten, solange die rohenen Beschimpfungen, Steinwürfe und Schüsse über sich ergehen lassen. Die Behauptung des Abgeordneten Webel, daß bei der zweiten Lesung, daß meine Darstellung des Sachverhalts mit den Feststellungen des Gerichts in Widerspruch gekommen haben, muß ich auf Grund dieses Urteils entschieden zurückweisen. Die einzelnen Fälle der Ausweisungen gegen Sie stellen sich nach dem Urteil noch viel gefährlicher und trübsamer dar, als es bei der ersten Lesung hingestellt wurde. Die Behauptung des Abg. Webel, die Polizei Altruismus habe, die Schuld an den Unruhen, und geringfügige Unordnungen, die vorgekommen sein mögen, seien durch Streikbrecher provoziert, erweist sich durch das Urteil als ganz falsch. Im Falle v. Sydow ist sofort alles geschieden, um die Schuldigen festzustellen. Es liegt aber ein Haufen Unwissenheit, die die gerichtliche Feststellung bezieht, und den Angaben der Urteilsanträge zu der Zeit, die gemacht wurde, vor. Was die Zeugnisaussagen von Herrmann anbelangt, so ist in dem Urteile festzustellen, daß die Angaben in der Urteilsanfrage nicht den Tatsachen entsprechen, was durch das Urteil bestätigt wird. In der Urteilsanfrage ist nicht die Rede von einem offenen Aufstand in der Gegend, sondern von einem

Minister von Dallwitz: Ich würde auf Kröcher nicht mehr eingehen, wenn nicht inzwischen das schriftliche Urteil zu meiner Kenntnis gelangt wäre. Das Urteil stellt fest, daß die Mißbräuche der Beamten erst am 26. September einsetzten, bis dahin ist nicht das mindeste vorgekommen, die Beamten haben vielmehr nach dem Urteil unter den schwierigsten Verhältnissen bewundernswerte Ruhe und Zurückhaltung bewahrt. Die Ansprüche an die Gerechtigkeit und das Ehrgefühl der Beamten konnten nicht höher gespannt werden. (Hört, hört! rechts.) Sie müßten, solange die rohenen Beschimpfungen, Steinwürfe und Schüsse über sich ergehen lassen. Die Behauptung des Abgeordneten Webel, daß bei der zweiten Lesung, daß meine Darstellung des Sachverhalts mit den Feststellungen des Gerichts in Widerspruch gekommen haben, muß ich auf Grund dieses Urteils entschieden zurückweisen. Die einzelnen Fälle der Ausweisungen gegen Sie stellen sich nach dem Urteil noch viel gefährlicher und trübsamer dar, als es bei der ersten Lesung hingestellt wurde. Die Behauptung des Abg. Webel, die Polizei Altruismus habe, die Schuld an den Unruhen, und geringfügige Unordnungen, die vorgekommen sein mögen, seien durch Streikbrecher provoziert, erweist sich durch das Urteil als ganz falsch. Im Falle v. Sydow ist sofort alles geschieden, um die Schuldigen festzustellen. Es liegt aber ein Haufen Unwissenheit, die die gerichtliche Feststellung bezieht, und den Angaben der Urteilsanträge zu der Zeit, die gemacht wurde, vor. Was die Zeugnisaussagen von Herrmann anbelangt, so ist in dem Urteile festzustellen, daß die Angaben in der Urteilsanfrage nicht den Tatsachen entsprechen, was durch das Urteil bestätigt wird. In der Urteilsanfrage ist nicht die Rede von einem offenen Aufstand in der Gegend, sondern von einem

Minister von Dallwitz: Ich würde auf Kröcher nicht mehr eingehen, wenn nicht inzwischen das schriftliche Urteil zu meiner Kenntnis gelangt wäre. Das Urteil stellt fest, daß die Mißbräuche der Beamten erst am 26. September einsetzten, bis dahin ist nicht das mindeste vorgekommen, die Beamten haben vielmehr nach dem Urteil unter den schwierigsten Verhältnissen bewundernswerte Ruhe und Zurückhaltung bewahrt. Die Ansprüche an die Gerechtigkeit und das Ehrgefühl der Beamten konnten nicht höher gespannt werden. (Hört, hört! rechts.) Sie müßten, solange die rohenen Beschimpfungen, Steinwürfe und Schüsse über sich ergehen lassen. Die Behauptung des Abgeordneten Webel, daß bei der zweiten Lesung, daß meine Darstellung des Sachverhalts mit den Feststellungen des Gerichts in Widerspruch gekommen haben, muß ich auf Grund dieses Urteils entschieden zurückweisen. Die einzelnen Fälle der Ausweisungen gegen Sie stellen sich nach dem Urteil noch viel gefährlicher und trübsamer dar, als es bei der ersten Lesung hingestellt wurde. Die Behauptung des Abg. Webel, die Polizei Altruismus habe, die Schuld an den Unruhen, und geringfügige Unordnungen, die vorgekommen sein mögen, seien durch Streikbrecher provoziert, erweist sich durch das Urteil als ganz falsch. Im Falle v. Sydow ist sofort alles geschieden, um die Schuldigen festzustellen. Es liegt aber ein Haufen Unwissenheit, die die gerichtliche Feststellung bezieht, und den Angaben der Urteilsanträge zu der Zeit, die gemacht wurde, vor. Was die Zeugnisaussagen von Herrmann anbelangt, so ist in dem Urteile festzustellen, daß die Angaben in der Urteilsanfrage nicht den Tatsachen entsprechen, was durch das Urteil bestätigt wird. In der Urteilsanfrage ist nicht die Rede von einem offenen Aufstand in der Gegend, sondern von einem



das trauige Schicksal des Herrn Herrmann alleseitige Teilnahme und Bedauern mit Recht hervorgerufen hat. Andererseits ist es inebemum ein erneuter Beleg dafür, welche schwere Verantwortung all die auf sich laden, die bei solchen Gelegenheiten (Hörschmann: So vorgehen wie die Schulze!) durch Wort und Schrift aufzutreten wickeln. (Lebhafte Beifall rechts, große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Herr Nissen (Däne) führt Beschwerde über Verwaltungsverhältnisse gegenüber den Dänen in Nordholländig.

Ein Schlussantrag wird angenommen.

Herr Gylling (Dänisch) protestiert zur Geschäftsordnung lebhaft dagegen, daß seinen Freunden die Antwort auf die Angriffe des Hrn. Meyer-Liist unumgänglich gemacht worden sei.

Schluss 6 Uhr.

### Arbeiterbewegung.

#### Der österreichische Gewerkschaftskonflikt.

Seit vier Monaten wurden zwischen der Reichs-Gewerkschaftskommission und der Trager tschechischen (separatistischen) Gewerkschaftskommission Verhandlungen gepflogen, die gemäß dem Auftrage des Kopenhagener Kongresses von der Gesamtparteileitung der österreichischen Sozialdemokratie eingeleitet worden sind und die den Zweck hatten, eine Beilegung des Gewerkschaftskonfliktes vorzubereiten. Diese Konferenzen sind nun als resultatlos abgebrochen worden.

Sie hatten schon unter sehr ungünstigen Auspizien begonnen. Denn unmittelbar nach dem Kopenhagener Kongresse schickte die tschechische sozialdemokratische Partei ganz offiziell mit seiner Hilfe gegen die deutsche sozialdemokratische Partei und gegen die zentralen (internationalen) Gewerkschaften ein. Wieder wurden eine Reihe von Gewerkschaften gepöbelt, jedoch jetzt eigentlich nur noch drei Gewerkschaften von der Spaltung verschont blieben, und jetzt wird daran gearbeitet, die Eisenbahner zu isolieren. Die Reichs-Gewerkschaftskommission ist bei den Verhandlungen den Wünschen der Separatisten so weit entgegengekommen, als es überhaupt möglich ist, wenn man nicht die Kampfbarkeit gegenüber den Unternehmern preisgeben will. Auf den ersten Vorschlag der Separatisten, der einfach die nationale Teilung der Gewerkschaften bis in die kleinste Werkstätte hinein verlangt, antwortete sie mit einem Gegenantrage, der in der Organisation die bestehenden separatistischen Verbände anerkennt und nur weitere Spaltungen vermeidet, die Lohnkämpfe aber einseitlich führen will — wobei für kleinere Betriebe sogar die Autonomie der separatistischen Gewerkschaften zugesprochen wird. Darauf hat die separatistische Gewerkschaftskommission wiederum mit einem Vorschlage geantwortet, der dem ersten im Wesen entspricht; wieder sollen überall in ganz Oesterreich — selbst in rein deutschen Gebieten, wo sich einige tschechische Arbeiter aufhalten, — in bestimmten Werkstätten mehrere Gewerkschaftsorganisationen derselben Branche nebeneinander bestehen. Die Arbeiter jeder Werkstätte sollen national geteilt sein. Das einzige Zugeständnis, das darin gemacht wird, besteht darin, daß ein gemeinsamer Widerstandsfonds für die gesamten Gewerkschaften Oesterreichs geschaffen werden soll, der in Not getratene Streiks unterstützen soll.

Man ist also in dem halben Jahre seit Kopenhagen noch nicht weiter gekommen. Die tschechischen Separatisten und mit ihnen die ganze offizielle tschechische Partei stehen noch immer auf dem Standpunkte, daß die Gewerkschaften national geteilt, das heißt daß die Arbeiter jeder Fabrik nach ihrer nationalen Zugehörigkeit geteilt werden sollen, und sie weisen jedes Entgegenkommen der zentralen Gewerkschaften zurück. Die Reichskonferenz der zentralen Gewerkschaften, die vorige Woche tagte, hat denn auch die Konsequenzen daraus gezogen und die Verhandlungen mit den Separatisten für abgebrochen erklärt. In dem einstimmig gefassten Beschlusse heißt es: „Die aus den separatistischen Gegenanträgen ersichtlichen Tendenzen hindern dauernd eine Beilegung des Konfliktes: sie widersprechen den elementaren Begriffen über die Gewerkschaften und deren Kampf; sie sind vielmehr Grundforderungen des tschechischen Nationalismus, Tendenzen, die das Proletariat nicht einigen, sondern gegenseitig entfremden, und es darum kulturell und sozial ernstlich bedrohen. Die Reichskonferenz spricht als ihre Ueberzeugung aus, daß die vertrauensvollen Faktoren der tschechischen Gewerkschaften oder der tschechischen Partei mit vollem Bewußtsein bei den nationalen Aspirationen stehen, als den sozialen Bedürfnissen der tschechischen Arbeiterschaft. Sie billigt deshalb den Abschluß aller weiteren Verhandlungen mit den Separatisten und macht es den Zentralverbänden zur Pflicht, mit den separatistischen Organisationen in kein Gegenseitigkeitsverhältnis einzugehen und die Einheit der Organisationen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu wahren.“ Auf der Reichskonferenz waren Vertreter aller Nationen anwesend; sie stimmten alle einstimmig für die Resolution. Der österreichischen Gewerkschaftsbeilegung stehen nun weitere schwere Kämpfe bevor. Hoffen wir, daß sie sie ohne Schaden übersteht.

Der Kampf in Hamburg Holzgewerbe ist durch die Beschlüsse der Arbeiterberedung vom 22. März gewaltig verschärft worden. Der provisorische Arbeitsnachweis soll allen Erstes beilegt werden und der von den Arbeitern eingereichte Vertragsentwurf wurde von der Verlammlung kurzer Hand abgelehnt. Die „berühmten Kämpfer“ ließen es an schneidigen Scherwadenreden nicht fehlen und in der Hurra! manna wurde dem Holzgewerbeverband der Kampf bis aufs Messer erklärt. Dem Archivar nach sind also die Hamburger Fischer dazu angethan, das Rezept praktisch zu erproben, das einer ihrer Führer auf der im vorigen Jahre in Eisenach tagenden Generalversammlung des Arbeitgeberverbands für das deutsche Holzgewerbe zur Empfehlung brachte, ohne bei den Zuhörern viel Gelesenes damit zu finden. Dieser berühmte Hamburger Strategie forderte damals die Unternehmer aus dem übrigen Deutschland auf, den Kampf gegen den Holzgewerbeverband nach echt militärischen Muster zu organisieren.

Im Kampfe stehen gegenwärtig ca. 60 Betriebe mit rund 1500 Beschäftigten. Es kommen die Branchen der Bau- und Möbelfabrikation, Pausenmacher, Parteileger und Maschinenbauer in Frage. — Jung nach Hamburg ist Stranien's Feinschneiderei. Der Ausbruch der Tapezierer in Thüringen. In Erfurt, Weimar und Gotha besteht der Ausbruch weiter. Das Verändern der Unternehmer, von auswärts herbeigeholt, heranzuziehen, ist bisher von wenig Erfolg gekrönt gewesen. In Eisenach haben die Tapezierer am Mittwoch die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen, nachdem am Tage vorher sämtliche Unternehmer die Herabsetzung der Gehälter durch Unterschrift anerkannt hatten. In Jena wird voraussichtlich der neue Tarif ohne Arbeitslosigkeit von beiden Seiten anerkannt werden.

### Die Todesmarter der brasilianischen Meuterer.

Als der Telegraph die schreckliche Nachricht von dem Erhängen des Meuterers brachte, dem die — wie man weiß ausbleiben — Meuterer der brasilianischen Kriegsmarine zum großen Teil zum Opfer gefallen waren, mußte der Verdacht sofort weg sein, daß sich hinter diesen ansehnlichen Verlust ein schreckliches Verbrechen verberge. Die nachfolgende dieser Verdacht war, nicht der nachstehende Bericht, den ein brasilianisches Blatt, der „Correio da Manhã“, am 14. Januar dieses Jahres veröffentlicht hat und den die Pariser „Temps Nouvelle“ überlegt wiedergeben:

Die Strafe, die an den mit der Cobras-Anleihe verbundenen Marineoffizieren vollzogen wurde, überstieg alles, was die Phantasie an Grausamkeit auszubringen vermag. Die „Solitarios“ sind ganz kleine Jellen, die bestimmt sind, einen einzigen Gefangenen aufzunehmen. Ihre Dimensionen sind so klein, daß der unglückliche Gefangene nicht einmal die Möglichkeit hat, sich der Hände nach auszurücken. Im oberen Teil der Einwärtsöffnung befindet sich ein kleines Gitter, das aber noch groß genug ist, um etwas Luft durchzulassen. Im Innern der „Solitarios“ herrscht selbst mitten am Tag volle Finsternis. In jeder dieser Jellen wurden nun je 12 und 14 Gefangene gelockert. Die letzten Aufschlüsse wurden mit der Zeit hin- eingeworfen, die auf solche Art in ein Gefängnis hineingebracht wurde. Aneinandergepreßt, unglücklich, sich zu rühren, umgeben die Unglücklichen bald den Schreien der Verzweiflung. Sie begriffen, daß da eine neue Form des Todes, auf die andere umgewandelt wurde. Es war etwa 8 Uhr Abends, als man aus dem Innern der „Solitarios“ Hören und Sprechen zu vernehmen begann: „Um unsterblich zu werden, der wir immer frei gehen wollen! Haben Sie Mitleid mit uns, Herr Kommandant! Um Ihres Glückes willen! Um des Glückes willen aller herer, die Sie lieben, haben Sie Erbarmen!“ Und die demütigen Bitten der Unglücklichen, die mit dem Tode der Stunde nahen sahen, dauerten im Innern der Jellen fort. Später traten an die Stelle der nachlässigen Schreie Verzweiflung, Rufe der Revolte, Ausbrüche des Jenseits.

„Belagerte! Ihr seid geflohen, als wir Kanonen hatten und unsere Rechte verteidigten. Habt Ihr uns die Amnestie bewilligt, um uns leichter töten zu können? Ein diensthabender Offizier, der alles gehört hatte, wandte sich an den Kommandanten Marquis da Rocha und stellte ihm die furchterliche Situation der Eingeschlossenen vor. Er erhielt aber die Antwort: „Lassen Sie die Dinge, wie sie sind! Deswegen Sie die Tieren der „Solitarios“ nicht!“ ... Gegen Mitternacht hörten die Rufe auf. Als man gegen 8 Uhr Morgens die Jellen öffnete, fielen die Leichen zu Boden. Die Unglücklichen, die vom Kongreß (Parlament) eine vollständige Amnestie erhalten hatten, waren erstarrt. Sooo Canibos und einige andere waren noch nicht tot. Sie wurden aus den „Solitarios“ herausgezogen und gereinigt.“

Die Verdringung der Matrosen fand am 27. Dezember, um 1/2 Uhr Abends, auf dem Friedhof von Capu statt. Knapp nach 9 Uhr kam eine große vollbeladene Barke mit ausgetötenen Matrosen an den Strand. Ein Sergeant des Schiffsbataillons stieg aus und wandte sich an den Friedhofs-Verwalter, dem er eine Anzahl Papiere, Totenscheine und Quittungen für angelieferte und voraus bezahlte Gräber übergab. Der Verwalter, der sich gewöhnlich zu dieser Zeit in seiner Wohnung aufhält, sah den Besuch erwartet zu haben. Nach einer kurzen Besprechung mit dem Sergeant, befragte er die Matrosen anzukommen, um die Leichen vom Boot in die Friedhofslapelle zu tragen. Der Sergeant widersetzte sich und betrat sich auf seine Instruktionen, die vorgeschrieben, daß alles ohne Licht vor sich gehen sollte, um keinerlei Aufsehen zu machen. Derart wurden die Leichen nach der Kapelle gebracht. Die Sergeanten und seine Begleiter entfernten sich erst nach dem Gottesdienst. Vor dem Verlassen des Friedhofs benachrichtigte der Sergeant den Verwalter, daß er ihm am nächsten Tage weitere zehn Leichen bringen würde. Einige Minuten später fuhr das dunkle Boot rasch ab. Am nächsten Morgen wurden die 16 Leichen in die Gruft gelegt, ohne daß jemand an ihrem Grabe eine Blume niederlegte.

Bemerkenswert ist, daß der Mord am 27. Dezember vollbracht wurde, die kurzen Nachrichten aber, die die brasilianische Regierung dem Ausland zu geben für gut fand, erst am 7. Januar depeeschert wurden.

### Briefkasten

Sprechstunden der Redaktion Wochentags nur b. 12-1 Uhr Mittags. Schriftliche Anstufung nur nach ausnahmsweise erteilt.

M. W., 2. Leider immer noch nicht druckreif. Vielen Dank! Friedlaub. Sind Sie einverstanden, daß wir Ihren Bericht über die Verhandlung des Lehrlings in der Bäckerei von Paul Meier der Clara Genossenschaft überleihen?

M. S., 98. Wenden Sie sich an den Vorsitzenden des Buchbinder-Schiffvereins in Bentzen O. S. A. Bialas, Parallelstraße 12, II.

M. S., Das Fragenblatt des Reichsverbandes über die Arbeiterversicherung, das zum Teil unrichtige Angaben enthält, haben wir schon oft widerlegt.

Eth., Plegnis. Wir haben die Sache sofort erledigt.

Table with 2 columns: Description of goods and prices. Includes items like 'Schwarze Wollstoffe', 'Blaue Wollstoffe', etc.

Der Mann in die Gewerkschaft! Die Frau in die Genossenschaft! Beide in die Partei!

Advertisement for 'Strehlen' featuring 'Jaedel, Rob.' and 'Kl-Tschasch' with various product listings and contact information.

Large advertisement titled 'Fortsetzung des Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis' listing various businesses and their locations across different provinces.

Advertisement for 'Möbelschneiderei und Sargmagazin' and other services, listing names like 'Weissstein, H.-Hermesdorf' and 'Friedland'.